

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiskal-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. H. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Hag,
S. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 15ten Monat und auf den
1ten Monat besonders an-
genommen; im Lgr. Sachsen
u. Herzgth. Sachsen-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiskal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 4. Mittwoch, 13. Januar. 1875.

Wie man Geschäftskrisen entdeckt und beseitigt. (Eine Probe deutscher Manchesterverweissheit.)

II.

Da der Referent des Fabrikantentags über die „jetzige Geschäftskrise“ spricht, deren „wirkliche“ Existenz er bestrittet, um zu dem Schlusse zu gelangen, daß man es mit einer „Waarenkrise“ zu thun habe, die er dann in letzter Potenz als „Mangel an Absatz der Waaren“ darstellt, so müssen wir darauf hinweisen, daß uns der Mangel an Absatz solcher Waaren, die unter die notwendigen Verbrauchsartikel zu stellen sind, zunächst in Betracht ziehen lehrt, wie es mit den allgemeinen Verhältnissen in nächster Nähe bestellt sein mag. Und da wir ebenförmig an Gespenster, als daran glauben, daß die Produktion die ausschließliche Aufgabe habe, den Produzenten so rasch als möglich zum Millionär zu machen, da wir ferner gemeint sind, daß die nächstliegenden Absatzgebiete in Betracht kommen, ehe man von der Bedeutung des Exportes und den Ursachen seiner Störungen spricht, so stellen wir den Satz in den Vordergrund: Jede Produktion, die ihren wichtigsten Zweck, die Befriedigung normaler Bedürfnisse der Gesellschaft überschreitet, muß naturgemäß zur Vermüthung ihrer nächstliegenden Absatzgebiete, zur Ueberproduktion und endlich zum Niedergang derjenigen Branche treiben, der sie obliegt und, wie sehr sich die deutschen Manchesterverleute auch dagegen sperren mögen, so gilt auch heute noch der Ausspruch von Friedr. Engels, der in seinem schon 1845 erschienenen sozial-ökonomischen Werke: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ wörtlich sagt:

„Bei der heutigen regellosen Produktion und Vertheilung der Lebensmittel, die nicht um der unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse, sondern um des Geldgewinns willen unternommen wird, bei dem System, wonach jeder auf eigene Faust arbeitet und sich bereichert, muß alle Augenblicke eine Störung entstehen.“

Daß die vom Fabrikantentage zugestandene Waarenkrise aber nicht bloß eine Störung in der Waarenproduktion ist, daß diese Störung nicht in Folge Geldmangels der Spekulanten auftritt, sondern in Folge gewaltiger Störungen der natürlichen Absatzgebiete, d. h. in Folge gänzlicher Entkräftung der natürlichen Conjumenten, der Massen, dies dem fabrizirenden und spekulirenden Manchesterverthum begreiflich zu machen, würde schwer halten. Diese Herren lieben es nicht, bis auf den Grund zu sehen und darum sagen sie einfach: „Nationalwohlstand ist da, untrügliche Zeichen dauernden Friedens sind da, Spekulanten sind da, Fabrikanten sind da, folglich ist bewiesen, daß die Hauptbedingungen fürs Geschäft da sind und doch wie ungeschickt waren nicht die Volkswirthe, welche diese edlen „Dinge“ von anderen „Dingen“ abhängig gemacht haben, die das „Ding“ Geschäftskrise (heute Waarenkrise) bewirken helfen? Wie dumm, daß dieser samosen Hazardproduktion nicht die Hazardconsumtion, die Spekulation allein, gegenübersteht. Daran sind sicher nur die Sozialdemokraten schuld, die von einer Normalproduktion und von einer Normalconsumtion reden und die sogar niederträchtigerweise behaupten, daß sich die heutige Fabrikation und Spekulation den Kataklysmen klammere, was am Ende vom Liede aus ihren Artikeln wird. Und wenn wir heute sagen, macht die Massen consumtionsfähig, dann wird eure Produktion einen gerogereren Blutlauf bekommen, wenn wir dazu sagen, jüget euer Profitmachen im Born herein, wenn wir endlich erinnern, gebt höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, menschenwürdigeren Existenz für die niederen Massen, dann, — ja, dann erst ist der Teufel los! Umsonst berichtet ihnen Engels über England, daß es der „Ueberflüssigen“ (aus Mangel an Erwerb total consumtionsunfähiger Menschen) nach den Verichten der Armengesetzkommissionäre durchschnittlich 1 1/2 Millionen in England und Wales gebe, Schottland und Irland nicht eingerechnet, und daß diese 1 1/2 Millionen übrigens nur diejenigen einschließen, die wirklich die Armenverwaltung um Hilfe ansprechen.“) „Rückkehr zum Barbarismus“ heißt ja bei diesen Geistesgrößen die Herstellung von Einrichtungen, welche der Gesamtheit volle Befriedigung normaler Bedürfnisse sichern sollen und — es war ja so hübsch bis jetzt und bei uns in Deutschland ist es ja was ganz Anderes! — Der Nationalwohlstand unverwundlich, das Profitmachen freigegeben, es lebe die Ausbeute, es lebe die Konkurrenz! Bettler werden Millionen, Millionen werden Bettler, Accorde, Banterotte, Ortlundungen, Brandschattungen, lebhafter Verkehr, flotte Abwechslung und dennoch „Waarenkrise!“ — Schwere Herzens verkündigt es der deutsche Fabrikantentag, düsteren Sinnes vernehmend die Interessenten, die Leidensgefährten allerwärts; sie ist da, die Waarenkrise und — wir wollen sie beseitigen, darum organisieren, wäßigen wir uns zur — Minderproduktion! Was sind die Recepte des weiland Dr. Eisenbarth gegen diesen Anlauf deutscher Manchesterverweissheit? Die Großproduzenten der deutschen Wollwaarenbranchen als Hohepriester der Mäßigung.

Die Kleinfabrikanten ihnen gegenüber auf der Armenüberbank der Ueberproduktion zur Buße angetrieben. Die Spekulanten als treue Verbündete der Enthaltensamkeit im Hintergrund. — Alles wenig, Alles klar, Alles organisiert, genau nach dem Recept des deutschen Fabrikantentags und zu seinen Füßen der drohende Normalarbeitstag, die genebelte Coalitionsfreiheit, der beschnittene Arbeitslohn des von der Hand in den Mund vegetirenden Proletariates; geschützt durch das schmutzige Contractbruchgesetz, geleitet

von dem neugeborenen Arbeitsbuch, beleuchtet aber von der Sonne des Nationalwohlstandes die besetzte Waarenkrise! Welch ein Bild! — Froh und frei schwebt es vor dem Scherzauge des Fabrikantentages, Einem nur will es im Herzen nicht leichter werden, dem neuen Bundesgenossen, dem Kleinfabrikanten, denn er ahnt, daß sein Ständlein längst geschlagen hat. Mäßigung in der Produktion heißt für ihn Aufhören der Produktion und die Großproduktion hat ihn ihre tödlichen Zähne schon zur Genüge fählen lassen, er weiß, daß ein Bündniß mit ihr, der Vertrag zwischen dem Riesen und dem Zwerge ist. — Vergebens würden wir ihn warnen wollen, wenn er nicht selbst die Einsicht hätte, daß die schwersten Sünden der Ueberproduktion auf die Großproduzenten zu rechnen sind, die ohne Kenntniß der Wirtschaftsgesetze, die auf der harmonischen Wechselwirkung von Consumption und Produktion beruhen, toll und wild den Bestand der Hazardproduktion tangen, der den Schwindel zum Geleitmann, den Sturz des Nationalwohlstandes unternommen und zum Ziele hat. — Der letzte Versuch, sich auf Kosten des Schwächeren zu halten, wird auch die deutsche Manchesterschule nicht retten, sollte es ihr selbst gelingen, sich noch Jahrzehnte lang durch Auffangung des Kleinfabrikantenthums hinzuschleppen. „Der Eine kann nur gewinnen, wenn der Andere verliert“, das ist ihr Lehrsatz, das ist ihr Anfang und ihr Ende, dem wir ruhigen Sinnes entgegensehen. Mag es die Großproduktion bestritten, der Kleinfabrikant bezweifeln, sie stehen Beide unrettbar vor dem Abgrund der Systeme, für deren Erhalten sie in Gemeinde und Staat ihre ganze Kraft einsetzen. Der Kleinfabrikant mag es bestritten und der Großproduzent mag es belächeln, die fortgesetzte Ausbeute der arbeitenden Massen allerwärts, ihre Knechtung, ihr Hunger, ihre unnatürliche Bedürfnislosigkeit sind auch in Deutschland die Hauptursachen jener Erscheinungen, vor denen sie Beide heute stehen, tastend und rathend, ob Geschäftskrise oder Waarenkrise der richtige Name sei, ob Minderproduktion oder Erschließung neuer Absatzgebiete Hilfe bringen werden.

Ungewohnt, die harte Wahrheit zu hören, werden es Beide vielleicht vorziehen, unseren rüchhaltigen Ausführungen alle möglichen Beweggründe anzuhängen. Wohl! Ob mit oder ohne Sympathie für uns, sie sind, was sie sein wollen und bleiben, was sie sind: die Träger jenes Systems, das den Sozialismus geboren hat, die Todtengräber der Hazardproduktion. In's Grab mit ihr! —

Geistiger Bankrott.

„Verbrennen ist keine Antwort“, sagte der französische Freidenker, dessen Schrift vom Henker verbrannt wurde. „Einsperren und Todtschießen ist keine Antwort“, kann die Sozialdemokratie ihren Feinden entgegenrufen, die bis jetzt in Deutschland und Frankreich noch keine andere Antwort auf die Lehren und Forderungen des Sozialismus versucht haben. Keine andere Antwort? Hat unser „denkervollkühnes Deutschland“ nicht seinen Sparig-Eynern, nicht seinen Böhmern, nicht seinen Böttchern, den großen Böttchern in's Feld geschickt, um die Sozialdemokratie mit der Keule der Wissenschaft abzufertigen? Nun — die Keule der zwei erstgenannten Sterne ist bereits von uns untersucht und als Narrenpeitsche in einem Pappdeckelfutteral erkannt worden. Bleibt Böttcher der Große, den wir bei einer anderen Gelegenheit schon abgethan haben, jedoch zur Kurzeil auf ein paar Minuten wieder lebendig machen wollen. Es wäre grausam, entzögen wir unseren Lesern das Vergnügen. Also: Herr Böttcher, der zwar ein verunglückter Vorstehertier-Hirt und Denarant, aber ein um so glücklicherer Possenreißer ist, hat in einer der jüngsten Nummern seiner „Nationalliberalen Correspondenz“ unter der Ueberschrift: „Die Sozialdemokratie und ihre Bekämpfung“ einen löstlichen Scherz verübt. Er polemisiert gegen unsere letzte Agitationsnummer.

„In derselben — so schreibt er nach einigen einleitenden Bemerkungen — findet sich eine langathmige Entwicklung des sozialdemokratischen Programms. Als Thema dient das bekannte Eisenacher Programm von 1869, die Ausführung ist ein schaler Abguss der Marx'schen Theorie. Nicht seines Inhalts, sondern seiner vorwiegend apologetischen Form wegen ist der Artikel bemerkenswerth. Er soll den Arbeitern beweisen, daß alle gegen den Sozialismus erhobenen Anschuldigungen eitel Lügen seien. Besonders der Vorwurf, das Eigenthum abschaffen zu wollen, wird zurückgewiesen. „Der gesellschaftlich-communistische Charakter der Arbeit“, heißt es da, „soll auf das Produkt der Arbeit ausgedehnt werden; das Produkt der Arbeit soll Eigenthum der Arbeiter, die Arbeit nicht länger Gemeintheit des Glends, sondern des Genusses sein. Man sieht, wie lächerlich der Vorwurf ist, wir wollten das Eigenthum abschaffen. Nicht das Eigenthum soll abgeschafft werden, sondern die Enteignung des Eigenthums, das falsche Eigenthum, welches Aneignung fremden Eigenthums ist, der gesellschaftliche Diebstahl.“ Man sieht nicht, was diese Phrasen gegen die Behauptung, daß der Sozialismus das Eigenthum des Einzelnen vernichten wolle, beweisen sollen.

Noch schwächer ist die weitere Vertheidigung gegen den Vorwurf, die Sozialdemokratie wolle der Arbeiterklasse die Herrschaft im Staate verschaffen. Man hat dagegen nur die leere Einrede zur Hand, daß der Begriff der Herrschaft überhaupt ein un-demokratischer sei. Das ist offenbar nichts als eine leere Wortklauderei, die ganz in den Hintergrund tritt vor dem an anderer Stelle ausgesprochenen Satze: „Das Kapital hat gegenüber der Arbeit kein Recht, während die Arbeit gegenüber dem Kapital das

Eigenthumrecht hat.“ Was die Sozialdemokratie unter Arbeit und welche Gesellschaftsklasse sie unter dem arbeitenden Volke versteht, wird uns offen gesagt in den Worten; „Unter arbeitendem Volke verstehen wir nicht bloß die Industriearbeiter, sondern jeden, der nicht von der Arbeit Anderer lebt, also außer den städtischen und ländlichen Lohnarbeitern auch die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden.“ Hier sehen wir deutlich, daß nur eine bestimmte Klasse die „Arbeit“ nach sozialdemokratischem Begriff repräsentirt, also auch allein „Eigenthumrecht“ hat. Wer unter diesen Umständen im Staate die Herrschaft ausüben würde, sagt sich jeder selbst.

Wie vollständig ferner in dem sozialdemokratischen Staate die sittliche Verantwortlichkeit und damit auch die sittliche Freiheit des Einzelnen vernichtet werden würde, erhellt aus der Definition, „daß der Zweck des Staates es ist, allen seinen Angehörigen die höchstmögliche Summe von Wohlergehen zu sichern, und daß dieser Zweck nur verwirklicht werden kann durch eine gerechte Regelung der für die Gesellschaft notwendigen Arbeit“. Man braucht diesen Satz nur mit einigem Nachdenken zu zergliedern, um zu erkennen, daß ein solcher Staat nur die Organisation der Barbarei bedeuten würde. In der That, das Irrige der sozialistischen Theorien liegt auf der flachen Hand. Nichtsdestoweniger wird es den Schlagwörtern der Agitatoren immer wieder gelingen, in den ungebildeten Massen Propaganda zu machen. Darum ist jeder Agitationsruf der Sozialdemokratie zugleich ein Bedruf für die liberalen Elemente im Staate, in ihrer Bekämpfung der falschen Propheten nicht milde zu werden.

Dies Böttcher's neueste Leistung.

Wir gerathen nicht leicht in Erstaunen — doch während der Durchlesung obigen Ergusses glaubten wir doch mehrmals zu träumen.

„Die Sozialisten wollen das Eigenthum nicht abschaffen; sie wollen bloß abschaffen, daß den rechtmäßigen Eigenthümern ihr Eigenthum genommen werde“, sagen die Sozialisten. „Man sieht nicht, was diese Phrasen — beweisen sollen“, sagt Böttcher. „Man sieht nicht“, soll heißen: „Böttcher sieht nicht“, — und was Böttcher nicht sieht, das ist nicht. B. B. Böttcher „sieht nicht“, daß er ein Tölpel und Ignorant ist, folglich ist er kein Tölpel und Ignorant.

„Noch schwächer (als das, was „man nicht sieht“) ist die weitere Vertheidigung gegen den Vorwurf, die Sozialdemokratie wolle der Arbeiterklasse die Herrschaft im Staate verschaffen.“ — „Vertheidigung“? Mit Nichten, Herr Böttcher! So wenig wir „apologetisch“ sind, wenn wir „Lügen“ aufdecken, so wenig ist's eine „Vertheidigung“, das Verläumderische einer Anklage darzutun. Daß wir den Begriff der Herrschaft überhaupt verwerfen, daß wir in den klarsten, schärfsten Ausdrücken die absolute politische und soziale Gleichheit aller Staats- und Gesellschaftsangehörigen fordern, ist „leere Wortklauderei“, denn wir stellen ja den Satz auf: „das Kapital hat gegenüber der Arbeit kein Recht“, und nach Böttcher kann das nichts anderes bedeuten, als daß die Kapitalistenklasse von der Arbeiterklasse ungefähr so traktirt wird, wie jetzt die Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse. Daß Kapital und Kapitalist zwei verschiedene Dinge sind; daß es im sozialistischen Staate wohl Kapital, aber keine Kapitalisten geben wird, geht über den Horizont des Hrn. Böttcher; und gegen die „Moral“ des Hrn. Böttcher geht's, daß im sozialistischen Staate nur die Arbeit Eigenthumrecht haben und kein Fischeindeckel aufgestellt werden soll für hochmoralische Reptilien und andere hochmoralische Culturkämpfer gleichen Kalibers. Er „sieht deutlich“, mit einem Scharfsinn, dem wir unsere Anerkennung nicht versagen wollen, daß die Fingerarbeit, welche zur Herstellung eines Artikels der „Nationalliberalen Correspondenz“ gehört, nicht „Arbeit nach sozialdemokratischem Begriff repräsentirt“.

Den besten Effect hat aber Hr. Böttcher mit der Berechnung eines echten Virtuosen, auf das Ende verpart. Die Sozialdemokraten sagen: „daß der Zweck des Staates es ist, allen seinen Angehörigen die höchstmögliche Summe von Wohlergehen zu sichern, und daß dieser Zweck nur verwirklicht werden kann durch eine gerechte Regelung der für die Gesellschaft notwendigen Arbeit“. Dieser Satz, sollte man denken, enthält nichts, was nicht jeder vernünftige Mensch unterschreiben könnte und müßte. Unser Böttcher jedoch „mittelt Unrath“. Latet angulis sub herba. — Da steht ja das böse Wort: Arbeit. „Man braucht diesen Satz nur mit einigem Nachdenken zu zergliedern, um zu erkennen, daß — die Arbeit des Hrn. Böttcher den Sozialisten nicht als „für die Gesellschaft notwendige Arbeit“ gelten, und folglich die Verwirklichung dieses Satzes „die Organisation der Barbarei bedeuten würde!“

Die Civilisation ist in Gefahr, denn die Sozialdemokraten wissen die Segnungen des Reptilienfonds nicht zu wäßigen. — Genug nun des böttcher'schen Spiels. Der Clown hat seine Schuldigkeit gethan, der Clown mag gehn.

Unsere Gegner aber fragen wir allen Ernstes: Ist solches Gewäsch eine Bekämpfung der Sozialdemokratie?

Politische Uebersicht.

— Ein Bismarck'sches Preceptil lagert in der Berliner „Tribüne“ (dem berüchtigten „Hauptblatt“ der berüchtigten „Wespen“) folgende Unverschämtheit ab:

„Der Abgeordnete Dr. Windthorst-Reppen hat in seiner unglücklichen Rede vom 18. Dezember, durch welche er, natürlich sehr wider Willen, das Vertrauensvotum für den Reichszanzer herbei-

*) Unter dem Titel „Handelkrisen“ hat der „Volksstaat“ in Nr. 119 und 120 des Jahres 1873 die betreffenden Ausführungen von Engels mitgetheilt.
**) Welche Zahlen würden wohl statistische Erhebungen in dieser Hinsicht bei uns ergeben?

führte, *) u. A. auch sich auf eine „neue“ Schrift des großdeutschen (Schwarzgelben) Professor Dr. Wuttke in Leipzig berufen, welche den Titel führt: „Die deutschen Reichskristen und die Entfaltung der öffentlichen Meinung, ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungs- wesen.“ Damit nun Niemand auf Grund dieser Empfehlung reinfällt, wollen wir bemerken, daß das Buch von Wuttke allerdings mit der Jahreszahl 1875 versehen, aber in Wirklichkeit nicht neu, sondern alt ist. Ein altes Buch, neu aufgepäppelt mit einer Vorrede und ein paar Zusatzkapiteln; aber nicht eine neue Auflage, denn die alte ist nicht vergriffen, das Publikum interessiert sich nicht dafür. Der Inhalt ist theils veraltet, theils kläglich, theils unrichtig, theils unvollständig. Der Verfasser hat die Fragmente, welche er aus den Zeitungen ausgeschnitten, durch eine lange und dünne Sauce miteinander verbunden, worin zuweilen eine kleine Bohre schwimmt, welche der Autor für Gewürz zu halten scheint. Den leitenden Faden (der aber nicht roth, sondern schwarzgelb ist) bildet der großdeutsche-particularistische Haß gegen Preußen. Die einseitige Richtung des Buches ist um so mehr zu bedauern, als der Herr Verfasser, wenn er mit der Gründlichkeit eines deutschen Professors hätte zu Werke gehen wollen, uns ohne Zweifel sehr interessante Enthüllungen hätte geben können, sowohl über die Beeinflussung der Presse durch die Behörden des Königreichs Sachsen, als auch über die wahrhaft unübersehbare Ausdehnung und Verzweigung des Einflusses, welchen der vormalige sächsische Minister Graf Venst auf die Presse seit geübt hat und auch heute noch von London aus übt, obgleich ihm sein Votumschasteposten eine solche gewagte Politik auf eigene Faust, welche sich auch gegen seinen Nachfolger richtet, verbieten sollte. Das Alles weiß Wuttke vortrefflich. Warum erzählt er uns nicht von dem, was er weiß, statt von dem, was er nicht weiß?

So viel Worte, so viel Lügen und Gemeinheiten. Daß das Bismarck'sche Reptil Wuttke als „Schwarzgelber“ bezeichnet, mag noch hingehen, denn es ist das nur eine andere Ausdrucksform dafür, daß Wuttke sich nicht zum Schwarzweißen (mit oder ohne das „rothe“ Anhängsel) herabgewürdigt hat. Einfach gelogen ist's aber, daß Wuttke die österreichischen Pressverhältnisse mit Schonung behandle. Und gelogen, insofern gelogen ist's ferner, daß Wuttke der alten Auflage seiner Schrift nur einen neuen Titel gegeben, und folglich am Publikum einen skandalösen Betrug geübt habe.

Die Wahrheit ist: die zweite Auflage enthält 405 große Oktao- seiten, von denen nur 194, also nicht die Hälfte, den Wieder- abdruck der ersten Auflage bilden. Wir würden dem Verleger rathen, den frechen Lügner gerichtlich zu belangen, wenn dieses Reptilgeseinzel auch nur gerichtlich satisfaktionsfähig wäre. Wir schließen mit den Worten Wuttke's in der Vorrede zur zweiten Auflage: „Das über die Zeit von 1866 bis 1873 Hinzugefügte wird hunderttags den Weissen argen Verdruß bereiten und zu meiner Verdammung (?) ausfallen.“ Dies thut mir leid aber es ist nicht zu ändern. Wer seine Ansichten auf Grund einer langen Beschäftigung mit der Geschichte gebildet hat, wie es bei mir der Fall ist, legt dem gerade herrschenden Urtheil keinen unbedingten Werth bei und bleibt gegen sophistisches Gerede taub. Künftigen Geschichtschreibern wird, was ich hier auseinandergesetzt habe, zu einer Richtschnur bei der Beurtheilung der gegenwärtigen Zeitungs- nachrichten und der aus diesen abgeleiteten Geschichtsdarstellungen dienen und ihnen erklären helfen, wie so manches Ereigniß mög- lich wurde.“

Das Wuttke'sche Buch sei aber hiermit unseren Lesern nochmals aufs Wärmste empfohlen.

— Ein Zeichen der Zeit. Die Bismarck'schen Reichs- reptilien haben jetzt von einer Seite einen Fußtritt erhalten, von welcher sie ihn am wenigsten erwartet haben werden. Es ist die „Voss'sche Zeitung“, ein loyales, königstreuendes Blatt, das Leih- organ des Berliner Spießbürgerthums, die dem kriechenden Pres- segewinn zu Leibe geht.

„In keinem Lande der Welt“, sagt die „V. Ztg.“, wird gegen- wärtig so viel Geld auf die Pflege der offiziellen Presse, und überhaupt die Beeinflussung der Presse, gewandt, als in Deutsch- land, aber trotzdem giebt es nirgend — und wir wollen dies zum guten Zeichen nehmen — eine ungeschicktere und talentlosere offi- ziöse Presse, als in Deutschland, was freilich zum guten Theil auch der Leitung und den Stellen zur Last fällt, die ihr die Direktive zu geben haben. Jetzt also haben die deutschen Offi- ziosen die Aufgabe, zu beweisen, daß die gegenwärtig im Werden begriffene Umwandlung des Provisoriums in Spanien zu einer konstitutionellen Monarchie im Wesentlichen den Bemühungen der deutschen Reichsregierung für die europäische Anerkennung der Serrano'schen Regierung zu verdanken sei. Reinen die Offiziosen und ihre Leiter wirklich, durch die Propagandirung dieses subtilen Gedankens dem Ansehen der deutschen Reichsregierung zu dienen? Und weiter wissen sie bereits zu melden, daß man in den deut- schen Regierungskreisen erwarte, der junge König von Spanien werde in kirchlicher Beziehung einen Standpunkt annehmen, auf welchem sich bei uns die sogenannten Staatskatholiken halten. Dieser Unsinn grenzt an's Unglaubliche, lag aber gestern, blau auf weiß als durchgeschriebenes, als die neueste offiziöse Weisheit vor uns. Gott bewahre den deutschen Reichskanzler vor den Folgen des Reptilienfunds!

Letzterer Wunsch müßte dem lieben Herrgott etwas zu viel zu. Der Herr Reichskanzler hat sich dieses Gestübel angeschafft, nun müßte er auch sehen, wie er sich mit ihm abfindet. Der römische Blut- und Eisenmann Shla starb an der Lauskrankheit — warum sollte ein deutscher Blut- und Eisenmann nicht an der Reptilien- krankheit zu Grunde gehen? Um die Heilei des offiziellen Ge- schreibsels über die neueste Wendung in Spanien ganz zu begreifen, muß man ins Auge fassen, daß Alfonso ebenso wie Don Carlos den päpstlichen Segen erbittet und erhalten hat. „Bismarck soll seine Kosaken besser instruiren“, hatte Graf Arnim aus eins der Altenstücke, welche in seinem Prozeß figurirten, geschrieben. Leicht gesagt, aber schwer gethan. Aus einem Lump kann man keinen anständigen Mann machen, und einen Böttcher und sonstigen „Sachhirten“ so „instruiren“, daß sie etwas Anständiges leisten, ist keinem Sterblichen und keinem Unsterblichen möglich.

— Am Sonnabend kam der Schulze'sche Diätenantrag in erster und zweiter Lesung vor den Reichstag, und wurde in nament- licher Abstimmung mit 158 gegen 67 Stimmen vor einem leeren

Hause angenommen. Der Abgeordnete Liebknecht, der sich gleich zu Anfang der Sitzung zum Wort gemeldet, wurde in üblicher Weise durch einen Schlauchantrag mundtot gemacht.

Für dieselbe Sitzung standen nicht weniger als vier Schreiben des Herrn Reichskanzlers zur Ertheilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung wegen Beleidigung des Reichstags auf der Tagesordnung. Die Ermächtigung wurde nicht ertheilt. An- läßlich des Berichts über das erste reichskanzlerische Schreiben be- merkte Liebknecht (laut dem stenographischen Bericht):

„Anträge wie dieser sind sehr häufig an den Reichstag ge- kommen. Es ist allerdings richtig: die bisherige Praxis war aus- nahmslos, die betreffenden Anträge zurückzuweisen, und auch heute befürwortet dies die Commission. Ich glaube, damit wir ferner- hin nicht mit ähnlichen Pappalien die Zeit zu vertreiben haben, wäre es im Interesse des Reichstags geboten, dem Einbringen solcher Anträge für die Zukunft vorzubeugen. Ich habe deshalb einen Antrag formulirt, den vorlesen zu dürfen ich das Präsidium bitte; vielleicht wird er die nöthige Unterstützung erlangen:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler aufzu- fordern, derselbe möge alle einlaufenden Anfragen, ob der Reichstag Strafanträge stellen wolle, als der Würde des Reichstags zuwiderlaufend zurückweisen, mit dem Bemerkten, die Reichsregierung nicht wieder mit solchen Pappalien zu be- lästigen.“

Es handelt sich hier um ein Prinzip. Es ist in neuerer Zeit von einer gewissen Seite her Regel geworden, bei den kleinsten Anlässen Strafanträge zu stellen. Wenn der Reichstag sich jetzt in der von mir vorgeschlagenen Weise ausdrückt, so erklärt er sich damit prinzipiell gegen alle derartigen Verfolgungen und bekundet, daß er Pressefreiheit, Redefreiheit im deutschen Reiche gewahrt wissen will, und daß er eine gegentheilige Praxis mißbilligt. In diesem Sinne habe ich den Antrag gestellt und empfehle ihn dem Hause zur Annahme. Meine Herren, die zahlreichen Strafanträge, die von Seiten des Herrn Reichskanzlers gestellt werden, sind ein Gradmesser der Decadenz, der sinkenden Popularität desselben. Ich glaube, nichts hat mehr dem Ansehen des Herrn Reichskanzlers geschadet im Inland sowohl wie im Ausland, als diese häufigen Strafanträge; sie haben ihm vielleicht mehr geschadet als selbst die Söldlinge des Reptilienfonds (Glode des Präsidenten, Unter- brechung Seitens desselben, während welcher der Redner weiter spricht), von denen eine dem Herrn Reichskanzler freundlich ge- stimmte Person geäußert hat. (Glode des Präsidenten), daß sie den Reichskanzler moralisch umbringen.

— Der Kanonenkönig hat wieder einmal einen Ulaß an „seine“ Arbeiter erlassen, der den Mann und das durch ihn ver- tretene System charakterisirt. Der besagte Krupp'sche Erzuß lautet:

„Vergangene Jahre, welche allen Fabriken und Bergwerken so außerordentliche Arbeit brachten, haben den Arbeitern außerge- wöhnliche (?) Löhne zugeführt. Diese scheinbar (sehr „scheinbar!“) glückliche Zeit hat in das Gegenheil sich umgewandelt: Arbeit ist jetzt wenig geboten, und Entlassungen werden auf allen Werken vorgenommen. Auch die Gießstahlfabrik war zum ersten Male in dem Falle, eine größere Anzahl von Leuten entlassen zu müssen. Da die Löhne nicht im Verhältnis stehen zu den erreichbaren Ver- kaufspreisen, so wird für alle Zweige der Fabrik eine Ermäßigung der Löhne nothwendig eintreten müssen, so lange, bis ein richtiges Verhältnis zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen wieder her- gestellt sein wird (d. h. bis Krupp wieder auf die gewohnte Pro- fithöhe gekommen ist). Diese Ankündigung geschieht hiermit im Voraus, damit Niemand plötzlich überrascht werde (wie janzfäulend!). Ueber das Maß und die Dauer dieser Löhnermäßigung läßt sich heute Nichts sagen; sie hängt von den Zeitverhältnissen ab. Bei Durchführung dieser Ermäßigung hofft die Firma indessen es zu ermöglichen, daß alle ihre Werke in voller Kraft fortarbeiten werden. Es wird ihr dabei zur größten Befriedigung gereichen, wenn alle trenen (d. h. sich nicht mussenden) Arbeiter — trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse ruhig und ohne Sorge um ihre Zukunft — fortdauernd beschäftigt bleiben können, und sie wird nach wie vor bestrebt sein, denselben die Vorteile der Beschaffung aller Lebensbedürfnisse in möglichst erweitertem Maße zuzuführen (als „Vorsehung“, welche dabei noch hübsche Nebenproffiten macht). Ich bedauere diese Nothwendigkeit der Löhnerabsetzung, verbinde damit aber die bestimmte Erklärung, daß jeder Ausdruck von Unzufriedenheit als Kündigung anzusehen ist. Essen, Gießstahlfabrik, den 28. Dezember 1874. (gez.) Friedr. Krupp.“

Dixit! Er hat's gesagt! Und wer eine Miene verzieht, wird aufs Pflaster geworfen. Wir beweisen, ob je eine absolutistische Regierung in dieser brutalen Weise zu ihren „Untergebenen“ ge- sprochen hat. Ein neuer Beweis, daß der Despotismus des Kapi- tals rücksichtsloser und roher ist, als jeder andere Despotismus.

— Ueber die Arbeiterbewegung in Böhmen. Man schreibt uns: Von der Oesterreichischen Arbeiterbewegung hört man sehr wenig (?), von der Böhmisches fast gar nichts. Wer ist schuld? Man könnte sehr viel darüber schreiben, doch diesmal nur einige Worte über den Stand der Bewegung in Böhmen. Seit längerer Zeit schon ist keine Volksversammlung in Prag ab- gehalten worden, weil von der L. P. Polizei hierzu keine Erlaub- niss ertheilt wird, sogar einzelne Vorträge werden verboten. Kürz- lich wollte der Verein „Dyl“ (Name eines böhmischen Dichters), der ausschließlich Bildungsbestrebungen besorgt, für das arbeitende Volk einige wissenschaftliche Vorträge veranstalten, aber die Polizei trat auch hier hindernd in den Weg. Selbstverständlich hat auch die Presse mit allen möglichen und unmöglichen Schwierigkeiten zu kämpfen. So erscheint in Prag in böhmischer Sprache monat- lich zweimal die „Dělnický Listy“. Das Blatt, das sich die Ver- tretung der Arbeiterinteressen angelegen sein läßt, hätte eine Caution von 3000 fl. zu hinterlegen, wenn es öfter erschiene. Eine Zeit lang wurde jede Nummer des Blattes konfiscirt, so daß sein ferneres Erscheinen in Frage gestellt war. Gegenwärtig ist ein aus Arbeitern zusammengesetzter Ausschuß ernannt, der sich mit der Zukunft und der künftigen Haltung des Blattes beschäftigen soll. Man sieht, die Oesterreichische Regierung weiß die Arbeiter- bewegung zu laebeln; zu Tode laebeln wird sie dieselbe aber nicht.

— Daß wir „unserem“ Sparg-Enern seinerzeit nicht unrecht gethan, wird jetzt von einer Seite bestätigt, die auch für das „Leipziger Tageblatt“ Autorität haben dürfte. Die „Con- cordia“, Organ des deutschen Fabrikantenbundes schreibt in ihrer letzten Nummer (1. 1875):

„Wirklich, wenn man gewisse Aeußerungen hört und liest (z. B. in der Enern'schen Schrift: „Wider die Sozial- demokratie und Verwandtes“) so müßte man das Entstehen und Wachsen dieser Partei in Deutschland geradezu für ein Wunder d. h. für eine aus den uns bekannten Ursachen nicht erklär- bare Erscheinung, oder aber unsere Arbeiterklasse für ein Monstrum von unerhörter und unergründlicher Boesheit und Dummheit halten. Es sieht Alles so gut als man es billiger und vernünftiger Weise

nur wünschen kann, es geschieht alles Mögliche für die Leute, ihre Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse sind so befriedigend als sie es überhaupt sein können, und am Ende ist es auch nicht wahr, daß sie die Ueberhäufung der äußeren Güter, die Leb- und Ge- nussucht, die Dogmatik des Egoismus und die rücksichtslose Ver- folgung des augenblicklichen individuellen Vorteils dem Beispiel der bürgerlichen Klassen ablernen hätten — und doch laufen sie scharenweise zu den Spiegelberg's (?) der Sozialdemokratie in die böhmischen Wälder des Klassenkriegs. Wohl, auch wir haben schon öfter betont, daß die Empfänglichkeit für die Predigt des Un- sturzes in den äußeren Zuständen unserer arbeitenden Bevölkerung mit Nichten ihre zureichende Erklärung finde. Aber so weit sie auf inneren Zuständen beruht, sind denn dieselben lediglich das Produkt des Gedanken- und Empfindungslebens der unteren Schichten und haben die oberen das Recht, angesichts des Grauels der sittlichen Verwüstung, welche die Sozialdemokratie in den ersteren anrichtet, ihre Hände in Unschuld zu waschen? Aus mehr als einem Grunde müssen wir dabei bleiben, dies entschieden zu verneinen, und nach wie vor geht die von unserem Blatte ver- tretene Ueberzeugung dahin, daß jene Krankheit, so gut wie die meisten physischen, ihre Ursachen in gewissen Prädispositionen, Schwächen und Störungen des Gesamtorganismus habe und darum auch nicht verschwinden werde, bis dieselben gehoben sind.“ Und so weiter. Wir brauchen den Sermon der „Concordia“ nicht weiter abzubringen. Das Mitgetheilte reicht aus. Genug, die „Concordia“ urtheilt zwar nicht ebenso wie wir, aber jedenfalls nicht schmeichelt für Enern-Sparig. Ihr ist er ein schlag- köpfiger Ignorant und gedankenloser Schmeichler — und bloß ein Karrenkönig, und sein „Buch“ ein verführter Carnapal- jux.

— Aus England. Unsere Zweifel in die Richtigkeit der „Times“- Angaben haben sich als vollkommen begründet erwiesen. In ein- zelnen Struben hat ein Theil der Arbeiter, wie das bei allen Strikes zu geschehen pflegt, die Arbeit nicht sofort niedergelegt, allein die ungeheure Majorität der auf der Curdoffer Conferenz vertretenen Grubenarbeiter ist in den Strike eingetreten, und zwar, wie der Berichterstatter des den Arbeitern gewiß nicht günstig ge- stimmten „Daily Telegraph“ schreibt, mit ganzem Herzen und mit dem festen Entschluß, bis zum Aeußersten auszuhalten — „und wenn es drei Monate dauerte“.

— Zur internationalen Stieberei und Briefstieberei.

Wir erhalten aus London nachstehende Zuschrift: „Ueberrascht mag es erscheinen, noch über Derartiges im „Volksstaat“ zu be- richten, da zumal jetzt die trefflichen Enthüllungen über den Kölner Communistenprozeß Jedermann bekannt sind. Jedoch was damals nur der preussischen Polizei eigen schien — die übrige Polizei lieh es wenigstens nicht so plump merken — mußte doch Nachahmung finden. So ist es denn diesmal die Polizei des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen, welche in die Fußstapfen Stiebers tritt. Die Parteigenossen werden sich entsinnen, daß Ende des Jahres 1873 gegen mich ein Prozeß anhängig gemacht wurde, und zwar, wenn ich mich recht entsinne, wegen Verstoß gegen § 130 oder 131 des N. St. G. und wegen Majestätsbeleidigung, welche Verbrechen ich bezagungen haben sollte bei Gelegenheit einer Rede, gehalten bei einem Arbeiterfest in einem Gasthof nahe bei Hr. Breitenbach auf dem Thüringer Wald. — Nun hatte ich einmal, und zwar im Oktober 1873, Verhöre in Erfurt, hörte aber später nichts mehr davon, und so verließ ich denn am 27. Januar d. J. Deutschland, und verließ eine Zeit lang in Belgien. Während dieser Zeit korrespondirte ich mit Freunden in Erfurt, wie auch heute noch. Da erhalte ich auf einmal einen Brief, ungefähr Mitte Juli, worin man mir mittheilt, daß mein letzter Brief zwar angekommen, aber dergestalt, daß man schließen könne, er sei erbrochen worden, auch habe man das Couvert zurückverlangt. Ich weiß nun nicht, inwiefern die Post das Recht hat, das Eigenthum Anderer so mir nichts dir nichts abzuverlangen. Kaum war ich in London an- gelangt, so ereilt mich die Nachricht meines Bruders, welcher noch in Belgien weilt, daß er, statt meiner, zur Polizei verlangt wurde, um ein Schriftstück zu unterschreiben. Er verweigerte sofort dieses Ansuchen, indem er erklärte, daß es mich, meinen Bruder in London, betreffe. Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, daß es die bel- gische Polizei nicht an Beleidigungsbemerkungen für den beleidigten Heldenkaiser fehlen ließ. Was aber dann, wenn ich mich noch in Belgien befand? Erstens: die belgische Polizei hätte mich nicht so leicht aus den Augen verloren, und zweitens: ich war bereits öffentlich aufgetreten im Interesse unserer Partei und sie konnte mich sofort auf Grund des belgischen Fremdengesetzes anweisen. Daß aber die belgische Polizei zu solchen Liebesdiensten gern bereit ist, haben verschiedene Vorloamnisse gelehrt, und meine Anweisung wäre sicherlich erfolgt, wie weiland die Kapsche aus Oestreich. Werfen wir aber einen Blick auf den Prozeß selbst. Zunächst bestreite ich dem Arnstädter Kreisgericht resp. dem Arnstädter Staatsanwalt entschieden das Recht, als Kläger gegen mich auf- zutreten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das Vergehen, wenn ich überhaupt eins begangen habe, nicht auf Schwarzburg-Sondershausischem Boden, sondern auf Schwarzburg-Rudolstädtschem Boden bezagungen ist. Der Gasthof, in welchem das Fest war, liegt direkt auf der Grenz, der Landesgrenzstein befindet sich unter dem Dfen der Gaststube; der Saal, in welchem ich ge- sprochen, auf Rudolstädtschem Landesgebiet, d. h. das war auch der Gensdarm von Hr. Breitenbach beim Fest anwesend. Warum zieht man Letzteren nicht als Belastungszeugen hinzu, sondern nur einen Postamts- und einen Forstamtsgehülfsen? Der Gensdarm wotirte sich doch auch ganz genau mein National. Wie nun, wenn der Gensdarm seinen pflichtgemäßen Rapport, was sehr wahr- scheinlich, an seine vorgelegte Behörde abgeliefert hat, und wenn diese ebenfalls eine Anzeige gegen mich erhoben hätte, wozu sie ja im vollen Recht war nach hieutigem Recht? Wie dann, wenn ich von dieser Behörde ebenfalls zu 6 Monaten verurtheilt worden wäre, wie zu Arnstadt am 29. October v. J.? Da hätte ich denn für ein unbewiesenes Vergehen in zwei Ländern zusammen ein Jahr im Gefängniß zu sitzen. Auf die Einzelheiten des Pro- zesses kann ich nicht eingehen, weil ich sie nicht kenne; jedenfalls aber sind sie nicht so sehr stichhaltiger Natur, sonst würde gewiß die Rudolstädter Behörde nicht veräußert haben, ebenfalls den Prozeß anhängig zu machen, denn man wird ihr doch gewiß nicht die Lessendorfsche Verfolgungswuth gegen die Sozialdemokraten abprechen wollen, nachdem ja Beweise genhgend vorliegen. Wäre ich nun nicht rein per Zufall zu der Kenntniß gelangt, daß man mich in Arnstadt zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt hat, ich wäre bei meiner Rückkehr nach Deutschland, ohne zu ahnen warum, sicherlich ins Gefängniß geworfen worden.

Zum Schluß bitte ich noch die Parteigenossen zu Arnstadt, diese Nummer des „Volksstaat“ dem dortigen Kreisgericht ge- fälligst zukommen zu lassen. London, 30. Dezember 1874. H. Imhof.“

*) Nationalliberales Gesankel! Es ist notorisch, daß die Demnig- sen'sche „Improvisation“ schon 24 Stunden vorher beschlossen war (Demnigsen kann ohne längere Vorbereitung gar nicht reden); und hätte der Bismarck-Fanatismus die unglücklichen Vertrauensvotums-Fabrikanten nicht stockend gemacht, so würden sie nach der Windsthorff'schen Rede, welche sich ausschließlich mit dem Reptilienfond beschäftigte, das projektirte Vertrauensvotum auf eine bessere Seligenzeit vertagt haben. Das Votum und Servilitätsfieber war aber zu heftig, und die fä- lische Apotheose Bismarcks als „sittlichen“ Reptilienwatters erfolgte.

Die Reichsbank und die Reichsfreunde.

K-z. Lassalle sagte in seiner Rede über die indirekten Steuern, als er die Annahme zurückwies, daß die Luxussteuern ein wesentlicher Theil der indirekten Steuern wären oder sein könnten, ungefähr Folgendes: „Wenn es möglich wäre, durch Luxussteuern einen wesentlichen Theil der Staatsausgaben zu decken, dann würde die Staatsregierung einen derartigen Gesetzentwurf vorlegen, einerlei ob ein Ministerium Rautenkuffel, Bismarck oder Lassalle an der Spitze steht, denn das erhabene Amt erhebt über den Parteistandpunkt, das Amt giebt den Willen und einigermaßen die Einsicht, das Beste des Staates wahrzunehmen.“ Lassalle meint also, wenn eine Maßregel ganz klar vom Besten des Staates diene und ganz klar und leicht zu verstehen sei, dann werde jeder Staatslenker sie ergreifen, natürlich auch eine offenbar verkehrte, das Staatswohl schädigende vermeiden. Dieser Ausspruch Lassalle's ist, wenn man darauf verzichtet ihn auf ganz gemeine Seelen anzuwenden, gewiß ein richtiger; der Besitz der höchsten erreichbaren Macht im Staate erhöht den Willen und die Fähigkeit, für das Wohl des Staates zu wirken.“

Die letzten Wochen aber waren sehr geeignet, uns an der Wahrheit dieses Lassalle'schen Satzes irre zu machen. — Ist es heute zu Tage nicht klar, daß die Vergünstigung, Papiergeld zu machen, den Privaten, denen sie gewährt wird, Nutzen, der Allgemeinheit aber Schaden bringt? Ist es nicht ganz leicht, wie wir es in Nr. 140 des „Volkstaat“ gezeigt, aus dem Verhältniß der gebundenen zu den ungebundenen Banknoten den Gewinntheil zu berechnen, welcher den Privaten und den, welcher dem Staate gebührt? Statt dessen begnügt sich der Staat mit dem Geringeren, mit der Hälfte des Gewinnes, macht also den reichen Bankheißlern ein Geschenk auf Kosten der Gesamtheit.

Alle Fehler, welche wir in Nr. 140 des „Volkstaat“ an dem Bankgesetzentwurf rügten, sind im Zusatzgesetz über die Umwandlung der preuss. Bank in eine Reichsbank conservirt, neu hinzugekommen aber ist das Recht gesetzlich unbegrenzter Ausgabe von Banknoten gegen eine Steuer von 5 pCt. (den unglücklichen Vergleich dieser Steuer mit dem für Hypotheken gebräuchlichen Zinsfuß haben wir in Nr. 140 dargelegt), neu hinzugekommen ist die Vermehrung der von der fünfprozentigen Steuer befreiten und nur mit 1 pCt. (ein netter Zinsfuß!) bedachten Banknoten um 40 Millionen Mark, neu hinzugekommen ist die Bestimmung, daß der Actiengesellschaft mit der Firma Reichsbank in den nächsten 15 Jahren die Concession nicht gekündigt werden kann. Das sind die Verschlechterungen, welche nach unserer Ansicht der Bankgesetzentwurf durch die neuen Vorschläge des Bundesrathes erfahren hat. Wir können aber den Staatsmännern, die jenen Entwurf ausgearbeitet und ihm zugestimmt haben, die gemeine Bestimmung nicht zutrauen, daß sie für einige hunderttausend Mark, die in ihre oder ihrer Verwandten Casse fließen, einen Verrath am Volkswohle begehen; wenn wir daher sehen, daß die höchstgestellten Staatsmänner Deutschlands das nach unserer Ansicht durchaus Verlehrte, durchaus Verwerfliche vorschlagen, so prüfen wir immer wieder unser eigenes Urtheil. Diese Prüfung hat freilich unsere Ueberzeugung nur befestigt, daß das Bankgesetz das Volkswohl gründlich schädigt. So kommen wir denn zu der Ansicht, daß nicht volkswirtschaftliche, auch nicht persönliche Geldinteressen, sondern politische Gründe den Bundesrath bestimmen, das Staatscapital und die Handelswelt zu begünstigen.“

Wir sind von unseren Staatsmännern im Allgemeinen überzeugt, daß sie das Beste des Volkes wollen; wir glauben auch, daß, was uns als nothwendig für das Volk erscheint, auch von ihnen als wünschenswerth erkannt wird. Beispielsweise wünschen sie gewiß die Schulen gründlich zu verbessern, sie wünschen den Armen die Nahrungsvorsorgen und die drückende Arbeitelast zu erleichtern, allein außer diesen Sorgen haben sie noch hundert andere, und weil sie nicht Alles zugleich ausführen können, so wenden sie ihre Arbeit dem zu, was vermöge ihrer Erziehung und ihrer Denkungsweise ihnen als das Wichtigste erscheint. So halten sie vor Allem den Ruhm und die Macht Deutschlands hoch, und es ist natürlich, daß sie die Classen der Gesellschaft zu stärken suchen, welche ihre eigene Politik zu stützen bereit sind. — Zwar, als Kaiser Napoleon die Kriegstrommel rührte, da drängte sich das ganze deutsche Volk, aus allen Ständen, aus allen Parteien herbei, für's Vaterland in Wehr und Waffen zu treten; mit einer Bravour, die in der Geschichte nur wenig Beispiele hat, stürzte sich das deutsche Volk in Waffen auf den Friedensbrecher und brachte in todesmüthigem Kampfe die verwegensten Unternehmungen der Feldherren zum Siege. Als aber Napoleon, der den Tod auf den Schlachtfeldern bei Sedan nicht finden konnte, auf dem herrlichen Schlosse bei Wilhelmshöhe internirt war, da spaltete sich die Meinung Deutschlands. Ein Theil, zu dem auch wir gehören, hielt es nicht für nöthig, die ehemaligen deutschen, jetzt aber im Herzen echt französischen Landesheile Elsaß-Lothringen zu annektieren. Nicht als ob die Meinung gewesen wäre, daß Frankreich durch den Sturz des Napoleoniden entzündigt sei! Jenes Frankreich, welches länger als 20 Jahre den Mann vom 2. December ertragen hatte, jenes Frankreich, welches den mexicanischen und den deutschen Krieg, wenn auch nicht erregt (wir unterscheiden Frankreich von den Chauvinisten, die in der Presse und den Kammern gewaltigen Lärm erregten), so doch geduldet hatte, dieses Frankreich durfte sich nicht beklagen, wenn die Sünden Napoleons an ihm gedenkt wurden. Wenn die Fürsten sündigen, werden die Völker gestraft, das ist ein altes und ein wahres und gutes Wort. Also nicht, weil wir Frankreich durch Napoleons Sturz entzündigt glaubten, waren wir gegen die Annexion, sondern weil wir in ihr den Drachensaat eines neuen Krieges und vor Allem neuer geistlicher Kriegserüstungen und darin das Grab der Freiheit und volkswirtschaftlichen Fortschritts erblickten.

Die Verlängerung des Krieges, welche durch die Forderung einer Landesabtretung entstanden ist, hat außerdem Deutschland und Frankreich ungeheure Opfer an Menschenleben und Familienluth gekostet. Doch davon entlassen wir die deutsche Kriegserüstung, sie hätte nach der Schlacht von Sedan offenbar keine Ahnung und konnte sie nicht wohl haben von der Hartnäckigkeit des Widerstandes, den das niebergeworfene Frankreich noch leisten würde. Die Annexion des Elsaß-Lothringens wurde damals für unthunlich erklärt, um bei einem neuen Invasionsversuche Frankreich militärisch besser gestellt zu sein. Um aber Elsaß-Lothringen

zu bewahren, müssen wir nach Moltke mindestens ein halbes Jahrhundert kriegsbereit sein. Also um einen als möglich gedachten ferneren Krieg (man identificirte eben Frankreich mit dem chauvinistischen Geshrei nach der Rheingrenze) günstiger zu gestalten, sollten wir eine mindestens fünfzigjährige Kriegsbereitschaft auf uns nehmen. Wir bezweifeln nicht Moltke's Patriotismus, der dieses Verlangen offen aussprach, aber wir halten seine Erfüllung für verhängnißvoll. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß Kriegserüstungen immer von Kriegen gefolgt waren, ja daß gerade die auch erst durch den Wettstreit hervorgerufene Rüstung des Gegners benutzt wurde, um die Nothwendigkeit, einen Krieg anzufangen, zu erweisen. Deshalb sehen wir die Sicherung des Friedens nicht in der höchstmöglichen Kriegsbereitschaft, sondern in der Abrüstung zunächst der mächtigsten Staaten (dazu gehört Deutschland), verbunden mit einer Verfassung, welche die Bestimmung über Krieg und Frieden hauptsächlich in die Hände des frei beratenden und frei wählenden Volkes legt.

Das Volk wehrt sich seiner Haut und verteidigt sein Recht, es nimmt auch gern die Ausbildung zum Waffendienst (die allerdings eine ganz andere wie gegenwärtig sein kann) an sich, aber das arbeitende Volk ist eminent friedliebend, denn es kennt erfahrungsmäßig den Nachtheil selbst eines siegreichen Krieges. Sein Leben muß jeder Heerepflichtige riskiren, aber das arbeitende Volk hat mit seinem Gute die Hauptkosten der Kriege zu tragen, während Armeelieferanten und Leute, die Geld disponibel haben, in den Kriegen der Neuzeit oft noch reicher werden. Im arbeitenden Volke fanden wir daher die energischsten Feinde des Krieges und der permanenten Kriegserüstung, im arbeitenden Volke finden wir am stärksten neben der Zuversicht auf Niederwerfung jedes etwaigen Angriffes die Meinung vertreten, daß unsere gegenwärtige Kriegsbereitschaft weit die Bedürfnisse eines Vertheidigungskampfes übersteigt, und daß unsere Kriegsbereitschaft steigende Rüstungen der Nachbarvölker, Sucht nach Allianzen und damit schließlich den Krieg hervorruft. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei ist man durch die humanen Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Klassen schon längst von Widerwillen gegen Krieg und Kriegserüstung erfüllt, aber auch außerhalb der Sozialdemokratie gewinnen die vorgelegenen Ansichten, bald klar, bald unklar empfunden, immer mehr und mehr an Boden. Dem gegenüber aber steht eine Phalanx von Leuten, welche durchaus den von Moltke, Bismarck, überhaupt von der Reichsleitung aufgestellten Grundsätzen zustimmen. Lieferanten, Bankiers und reiche Leute aller Art haben von jeher exercirt in Bezeugung ihrer Reichthümer, oder nach neuem Sprachgebrauch ihrer Reichthümerlichkeit, was Wunder, wenn die Reichsregierung in ihnen und ihrem Anhang die feste Stütze des Reiches zu finden glaubt. Die Reichsfreunde bewilligen das für die Kriegsbereitschaft des Reiches Erforderliche, und die Reichsregierung bewilligt den Reichsfreunden die Reichsbank. Wir wollen damit nicht sagen, daß zwischen der Reichsregierung und den Führern der „Reichsfreunde“ ein Vertrag bestehe, das gegenseitige Stützen und Heben macht sich nach dem Sprichworte „Eine Liebe ist die andere werth“ ganz von selbst. Wir glauben mit Lassalle, daß eine Regierung nicht im Stande ist, mit Bewußtsein gegen das Wohl ihres Landes zu sündigen, aber wir sprechen es aus, daß unsere und vieler Anderer Meinungen über das Reichswohl sehr verschieden sind von denen der Regierungskreise und denen der sogenannten Reichsfreunde.

In unseren Augen ist die Kriegsbereitschaft Deutschlands ein verhängnißvoller Fehler, und das Bankgesetz, wenn es in der vorgeschlagenen Weise zu Stande kommt, ein schreiendes Unrecht, Beides aber zum entschiedensten Nachtheile des arbeitenden Volkes. Unsere Gründe dafür gaben wir an, wer sie entkräften kann, der belehre uns!

Zu Bezug auf den Bericht über „Jord's Begräbniß“ ist noch nachzutragen, daß nicht drei, sondern vier Redner an dem Grabe sprachen. Der letzte Redner war der jetzige Bevollmächtigte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Hamburg, Herr Köster. Derselbe hob die Energie des Verstorbenen hervor und forderte die Arbeiter auf, ihrerseits energisch für die Hinterbliebenen Jord's einzustehen, umso mehr als dies ein guter Stein zum Bau der Einigung der deutschen Sozialdemokraten sein werde. — Die Inskription der drei auf dem Grabe und später auf das Grab gelegten Kränze sind im Bericht nicht getreu wiedergegeben. Sie lauteten: „Ihrem Freunde Theodor Jord die Leipziger Sozialdemokraten.“ — „Ihrem treuen Vorkämpfer! Die Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands.“ — „Seinem wackern Genossen! Der Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.“ — Treffend kennzeichnet die Stimmung, welche die Männer im Leichenguge beherzigt, folgende wahre Anekdote: Ein alter Freund Jord's trat erst am Holstenthor in den Leichenzug ein. Er fragte einen jungen tüchtigen Arbeiter: Was ist das für ein Gewerk, das hier der schönen Fahne folgt? — Antwort: Das ist gleichgültig — zu was die Frage? Heute sind wir alle eins!

Gewerkschaften.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Kameraden! „Kampfvoller“ Mittel sind von Seiten des Vereines Norddeutscher Schiffbaumeister erfinden worden, uns zu knechten und ihre Geldsäcke schleuniger füllen zu können. Aber die besten Mittel, die man glaubt gefunden zu haben, versehen ihren Zweck, und sind daher nicht in Anwendung zu bringen, weil sie gerade das Gegentheil hervorzurufen von dem, was sie eigentlich bezwecken sollten.

Und so geht es auch mit dem Mittel des Meisterbundes. Er wird auch sicherlich nicht damit sein Ziel erreichen, indem er sich als Mittel der Entlassungsscheine (welche durch geheime Zeichen, verschiedene Bedeutung haben) bedient, um damit zu erzielen, den Arbeiter umso mehr anzuknechten, damit möglichst der Geldsack besser gefüllt werde. An Euch liegt es jetzt, Schiffszimmerer Deutschlands, ob Ihr den Mitteln der Meister entgegenzutreten wollt, welche den Zweck verfolgen, den freidenkenden Arbeiter, der sich nicht immer mit der Handlungsweise der Meister einverstanden erklären kann, außer Brod zu setzen, um damit den Uebrigen Furcht einzuspielen, und den aus der Arbeit gestohlenen Mann, wenn er von seinen Kameraden verlassen ist, zu zwingen, dem Meister untertänig zu gehorchen.

An Euch liegt es wiederum, Kameraden, dem Meisterbunde zu beweisen, daß ihre Mittel gerade das Entgegengesetzte bewirken! Und das müssen wir dadurch zeigen, daß wir uns immer fester verbinden, und ihre Mittel, die sie gegen uns zu ihrem Nutzen denken anzuwenden müssen, gerade denjenigen Arbeitern die Augen öffnen, die sich und uns jetzt noch nicht angegeschlossen haben.

Um Euch nun von den Entlassungsscheinen genau zu unterrichten, führe ich Euch die Bedeutung der verschiedenen Zeichen

an. Die Größe ist gleich, sie enthalten ungefähr die Hälfte eines Briefbogens. In der Mitte dieser Scheine steht mit Wasserdruck geschrieben, Vereine deutscher Schiffbaumeister. Die guten Scheine unterscheiden sich von den schlechteren dadurch, daß sie von besserem Papier sind. Zweitens steht auf dem guten Scheine gedruckt: „ist heute ordnungsgemäß aus der Arbeit getreten“, während auf dem schlechten steht: „ist heute aus der Arbeit entlassen worden“. Dies merke sich ein Jeder. Sonst sind sie gleichlautend ausgefüllt. Nun kommen die geheimen Bezeichnungen, womit sie hauptsächlich ihr Spiel zu treiben suchen. Auf den Schein wird ein kleiner runder Stempel gedruckt, worin Vereine Norddeutscher Schiffbaumeister zu lesen steht. Bei dem guten Scheine steht der Stempel oben in der Mitte. Bei den schlechten Scheinen hat der Stempel drei verschiedene Bedeutungen. Erstens: wenn er oben links in der Ecke steht, dann bedeutet es: ein Streikender. Zweitens: steht der Stempel oben in der Mitte (wie auf dem guten Scheine) dann bedeutet es: ein Rädesführer. (Also ein gefährlicher Mensch). Steht der Stempel aber rechts oben in der Ecke, so bedeutet es, daß der Betreffende gar nicht zu gebrauchen ist.

Nun merke sich ein Jeder diese Brandmarkereien, und suche dem entgegen zu treten und daß zwar dadurch, daß wir alle, die sich Schiffszimmerer in Deutschland nennen, gemeinschaftlich Hand in Hand gehen, und sich zu einer Organisation bekennen. Alsdann werden wir solche Brandmarkerei schon zurüdzuführen wissen. Darum rufe ich Euch zu, habt feine die Augen offen, und haltet den Zuzug von Lübeck und Wismar streng fern, weil unsere Kameraden sich noch immer dort im Kampfe befinden.

Mit sozialdemokratischem Gruß D. Groß.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Holtha. Obwohl ich der Rürnberger Genossenschaftsdruckerei alle Veränderungen der Adressen genau geschrieben, sind leider die Adressen der Bevollmächtigten nach Nr. 1 des Circulars abgedruckt, weshalb wir die Veränderungen hierdurch bekannt geben.

Bamberg: Bevollmächtigter Johann Schreiber, bei Erwein, Rosenzähnen; Köln a. Rh.: Fr. Schachtner, Mühlenstraße 23; Eisenach: Jacob Schüle, Carlstraße B. 46; Halle a. S.: Georg Nadel, Reilstraße 6, Siebengasse. In Leipzig heißt der Bevollmächtigte Kräubig; Scheinfurt: B. Haag, bei Keller, Judengasse; Würzburg: J. G. Kugler; Dominikanergasse 9; Wiesbaden: Hermann Friedrich, Grabengasse 3; In Freiburg (Baden) J. Hirmlas, Weberstraße 8; Mühlheim a. d. Ruhr: J. Bardamer, bei G. Westhof, Bachstraße 46; Orotzja bei Pegau: Bernhard Rabat.

In Coburg ist der Verlehr bei A. Knaut, Bezirk 8, Nr. 93. Wie steht es in Erlangen und Bayreuth? Wir verlangen Antwort.

Gruß W. Bod; Freytagstraße 27.

Holtha. Eingetretener Hindernisse wegen erscheint die erste Nummer des „Weder“ erst am 15. Januar. Dies den Mitgliedern zur Nachricht. Für die Verwaltung: W. Bod.

Correspondenzen.

Leipzig, 9. Januar. Die Former der Bogel'schen Fabrik zu Neudorf wurden heute Morgen, den 9. Januar aus der Arbeit entlassen, weil sie sich eine Lohnreduktion von 15 Prozent nicht gefallen lassen wollten. Es wurde uns bereits im Laufe der letzten 4 Wochen fortwährend von Accordbürgen abgezogen, was wir uns auch gefallen ließen. Um eine Einigung zu erzielen, machten wir dem Prinzipal den Vorschlag, eine Lohnreduktion von 5 Prozent statt 15 Prozent einzutreten zu lassen. Es wurde uns erklärt, daß Jeder entlassen werden würde, der in die Lohnreduktion von 15 Prozent nicht willigte. Da wir aber unmöglich 15 Prozent von unserem Lohne entbehren können, so sind jetzt sämtliche 22 Former der Bogel'schen Fabrik, darunter 17 Bekehrthe, auf die Straße geworfen.

Vor Zuzug nach Leipzig wird daher strengstens gewarnt, da lediglich durch diesen unser Interesse geschädigt werden würde. Etwaige Briefe und Unterstützungen sind zu senden an Anton Würzner, Clarastraße 169 in Neuschönefeld bei Leipzig. Alle Arbeiterblätter werden gebeten, im Interesse der Ausgesperrten Obiges abzufragen.

Flauen, 31. Dezember. Die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gratuliren den deutschen Arbeitern zu der bevorstehenden Vereinigung.

Die Arbeiter von Flauen i. B. S. A.: Heinrich Schenk, Vertrauensmann. Franz Rudolph, Bevollmächtigter.

Reichenbach, 3. Januar. In wenigen Tagen wird es ein Jahr, seitdem große Veränderungen bezüglich der Organisation am hiesigen Orte eingetreten sind. Nachdem bekanntlich die Mitglieder des sozialdemokratischen Arbeitervereins genannten Verein auflösten und sämtlich der Partei beitraten um nicht zweierlei Organisation hieselbst zu haben, fand das hiesige königliche Gerichtsamt es für gerathen, die Mitgliedschaft, welche mehrere Jahre unangesehen bestanden hat, als Verein anzusehen und forderte die Statuten und Kennung der Vorstandsmitglieder. Auf unsere Beschwerde verordnete die königliche Kreisdirection in Joidau die Auflösung, da wir nicht nur ein Verein, sondern auch ein unzulässiger Zweigverein seien, welche füglich auch vom Ministerium bestrafte wurde. Hierauf gründeten wir Mitte August einen Volkverein analog dem Criminalschamer, gaben Statuten ein und zeigten die Vorstandsmitglieder an, wie es das Gesetz verlangt. Nach 8 Wochen konnte vom Stadtrath, der mittlerweile Polizeibehörde geworden war, die Genehmigung nicht erteilt werden, weil § 1 „Der Verein erstrebt das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens“, nicht deutlich genug und geeignet sei, den Zweck, welcher mißverstanden werden könne, weit zu überschreiten, sowie auch gegen das Statut (es waren 7 Paragraphen) große Dürftigkeit zu erinnern sei. Selbstverständlich meldeten wir Rückan an und begründeten in einer Eingabe an die Kreisoberhauptmannschaft unser Bestreben als mit dem Gesetze im Einklang sich befindend, worauf wir bis heute noch nicht beschieden worden sind, daß wir hierdurch im vorigen Jahre wesentliche Fortschritte nicht machen konnten liegt auf der Hand, da noch manche Arbeiter durch solche polizeiliche Einwände scheu werden. Deshalb fehlt es auch hier nicht an Arbeitern, die weder Rath noch Verständniß haben, gegen lange Arbeitszeit oder einseitig von den Fabrikanten octroyirte Einrichtungen ihre Stimmen zu erheben. Hinfällig die Kinderarbeit hat die hiesige Polizei löbliche Eifer entwickelt. Der Volkverein fördert und unterstützt die Arbeiterfrage in jeglicher Hinsicht. Rob. Müller.

Glauchau, 21. Dezember. (Verspätet.) Wohl mag es den Anschein gehabt haben, als sei hier das Paradieschen ins Stoden gerathen, weil lange nichts Ausführliches an den „Volkstaat“ berichtet wurde. Doch dem ist nicht so. Die alte Garde lebt und ist zu jeder Zeit am Platze, wenn es gilt Prinzipien dar

*) Was wir sehr entschieden bestreiten müssen. Das Beispiel des Bismarck allein genügt zur Widerlegung des grundsätzlichen Satzes. R. d. B.

**) Die politischen, volkswirtschaftlichen und persönlichen Interessen sind unendlich von einander zu trennen, und können wir deshalb in den nachfolgenden Ausführungen des Herrn Verfassers keineswegs vereinigen; wie wir auch dessen Bemerkungen über den preussisch-französischen Krieg, über die Solidarität zwischen Volk und Regierung, über die Militärfrage u. s. w. nicht unterzeichnen können. R. d. B.

Partei oder der Allgemeinheit zu vertreten. — Das Christfest steht vor der Thür. Ein Gang durch die Straßen Glauchaus, hauptsächlich durch die sogenannten Reber Viertel um Mitternacht könnte Jeden belehren, daß v. eherei Ausp. angungen gemacht werden, um theilweise eine Weihnachtsfreude den Angehörigen zu bereiten, zum weitgrößten Theil aber, um vor Hunger und Entsetzungen während dieser Feiertage geschützt zu sein. Solch ein Leben und Wirken bis Mitternacht, vielleicht sogar bis Tagesanbruch, und dieses ein, zwei auch drei Tage und Nächte hindurch, setzt den Familienvater außer Stande, nach Erreichung seines Zieles das Erschöpfende zu genießen, er verbringt die Feiertage in dumpfer Abgestumpftheit, weil der überspannte Körper und Geist sein Recht geltend macht. Aber nicht nur der Mann macht dieses durch, auch die Frau, die unzertrennlich an der Seite des Mannes bei der Weberei sein muß, und die Kinder, welche ebenfalls mitspulen müssen bis in die späte Nacht, auch sie leiden. Und dieses Treiben und Jagen kann man in Glauchau beobachten, am Fabrikationsplatze; wie mag es aber erst da sein und zugehen, wo der Lohn durch die Arbeitsvermittlung noch geringer ist? Unglaubliche Massen von Baaren werden durch die Faktore die letzten Pforten vor dem Christfest geliefert; und es ist mit Bestimmtheit auszusprechen, daß an manchem Stück die Gesundheit des Arbeiters mit zu Markte getragen wird, Wohl war dieses immer so. So lange unsere Generation besteht, wurden vor Weihnachten mehr Anstrengungen gemacht, aber nie vordem war der Handwerker im Stande, das zu leisten was er jetzt leistet, leisten muß, wenn er über dem Wasser bleiben will. 42.000 Mal des Tages beide Hände, beide Füße bewegen bei gewöhnlicher Arbeit ist doch wohl übermenschlich, und doch kann es vorkommen, daß in der Zeit vor den Feiertagen noch weit mehr geleistet werden muß und auch geleistet wird. — Nur Geduld, ich komme zum Ziele. Wohl kann und wird es vorkommen, daß der junge lebensfrische Mann nach derartigen Strapazen die Feiertage über einmal so zu sagen über den Strang schlägt, der Familienvater wird sich nach Ruhe und Erholung sehnen. Beiden empfehle ich Nr. 295 unseres „Tagesblattes und Anzeigers“, welche einen Leitartikel: „Aus dem täglichen Leben“ enthält. Fast möchte Einen die Wuth überkommen, und man weiß nicht, soll man die Dreistigkeit des Schreibers mehr bewundern oder die Schaffgebild des getretenen Arbeiters, welcher diesen Hohn immer und immer wieder sich aufzwingen läßt. Doch ein paar Proben auch für die Volkshausleser und Parteigenossen: 1) Hier hast du es klar, lieber Weber! dein Schinden geschieht nur aus Luxus, seit Deutschland gekommen ist, arbeitest du und plagst du dich nur, um noch mehr durchbringen zu können. 2) Siehst du, wie dir das Geld nichts nützt! du weißt es nicht anzuwenden. Trüßst deine Groschen zwar nicht zu Arbeiterkoalitionen bei, dazu läßt dich die Entwertung und der Indifferentismus kaum kommen, doch springt manchmal ein Neufänger zu einer Volks-, Arbeiter-Versammlung. Bedenke doch, wie viel du noch mehr Abzug, Lohnabzug jetzt vor Weihnachten übertragen könntest, wenn du die Fünfer nicht in die Volksversammlungen getragen hättest. Zu rechnen brauchst du nicht, wie viel hundert Versammlungen du oft für einen einmaligen Abzug besuchen könntest! 3) Nebenbei lassen sich die Milliarden doch nicht ganz versäumen, wurde uns doch früher kein Wort davon gesagt. Als der Leitartikelschreiber die Preise der Lebensmittel beleitartikelte, da hatten es nur die Fleischer und Bäcker verschuldet. Die wollten zu viel verdienen, und ordentlich ängstlich habe ich mich umgeschaut, denn ein eingeschaltetes Citat aus Berliner Zeitungen war beinahe revolutionär drohend und aufreizend: „Das Publikum ist langmüthig und von großer Güte. Aber sich unausgesetzt als Objekt betrachtet zu sehen, welches von Jedermann gerupft werden soll, muß zuletzt die Geduld erschöpfen. Wohl wissen wir, daß dieses Publikum ein an sich getheiltes Ding ist, und daß es viel Gerupfte gibt, die daraus Veranlassung nehmen, mit guten Prozenten weiter zu rupfen, aber die rupfende Kette hat ein Ende, das Ende sind die Beamten, Wittwen und die Armen, die doch immerhin leben wollen.“ So der Leitartikler bei erwähnter Gelegenheit. Selbsthilfe, Affoziation resumirte der brave Leitartiklerschreiber, damit die Herren Bäcker und Fleischer billig werden. Ich weiß auch gar nicht, warum die Herren Fleischer und Bäcker noch Preise machen wollen, die können ja ebenfalls für eine Attien-gesellschaft arbeiten, damit das Kapital einen neuen Erwerbsobjekt hat. „Also abgetreten, Ihr Herren, wenn Ihr nicht billig sein könnt! Unser Weltmarkt kann Eure Preise nicht vertragen, wir können die Löhne nicht zahlen, die der Arbeiter haben muß, wenn er leben will, und leben will er doch auch! Unsere Industrie geht zu Grunde bei diesen Löhnen! Schlagt ab Ihr Bäcker und Fleischer, oder haltet auf!“ So klang es in Nr. 252. — Die Bäcker und Fleischer werden es kaum gewahr, daß auch ihr Ständlein geschlagen, schon ist mancher dem Großhändler hypothekarisch verfallen, dieses genügt dem unerfährlichen Kapital nicht, die Milliarden wollen arbeiten. Warum soll Bäcker und Fleischer nicht Lohnarbeiter werden? 4) O über Euch Arbeiter! Warum macht Ihr keinen blauen Montag mehr, warum seht Ihr Euch nicht mehr durch die Welt, sondern fahrt per Bahn in die Fremde? Warum habt Ihr nicht mehr die früher üblichen Keilereien, wenn Ihr Arbeiter von der Stadt mit denen vom Lande in Verührung kommt? Warum geht Ihr nicht in Schnapskneipen wie früher, sondern erlaubt Euch wohl gar Euch neben den Leitartikler in eine bairische Bierstube zu setzen. Dieses sind alles traurige Symptome der Zeit. 5) Und nun Ihr Parteigenossen und Arbeiter von Dresden oder Leipzig, Ihr werdet doch einsehen, daß wir in Glauchau uns nicht immer können beleitartikelten lassen Euretwegen, weil Ihr als tüchtige Männer auftrittet. Bedenkt den Weltmarkt, er verträgt einmal nicht, kehrt um!

Selbstverständlich ist das Gericht, welches uns täglich auf politisch-religiösem Gebiet aufgesetzt wird, vollständig dem ökonomischen angepaßt. Trotz der Unverdaulichkeit dieser geistigen Speise hält es aber doch schwer, den „Vollstaat“ nach Wunsch einzuführen. So viel sich hierüber sagen läßt, so ist doch in erster Linie die ungeheure körperliche Anstrengung der Arbeiter, wie schon oben erwähnt, Ursache, daß auch ein großer Theil, welcher unseren Prinzipien nahe steht, doch nicht zum Leben und Halten eines Parteiorgans zu bringen ist. Es fehlt die Zeit, und dann kommt erst das Geld; und auch der Mangel an Opferwilligkeit hauptsächlich gerade Derjenigen ist schuld, welche noch in der Lage sind, ein kleines Opfer zu bringen, wenn man es überhaupt so nennen darf. Wohl fühlt man immer mehr, daß etwas faul im Staate Danemark ist, man harmonirt mit den konsequenten Parteigenossen, aber die Sache zu unterstützen fällt, mit rühmlichen Ausnahmen, Wenigen ein; nur das Proletariat muß schaffen und thut dieses gern. Doch wir wollen uns hierüber nicht ereifern, der Klärungsprozess vollzieht sich auch hier mit rapider Schnelligkeit.

Die Glauchauer Bunt- und Kunstweberei tritt in ein neues Stadium. Dieselbe hatte bei Eintritt der Gewerbefreiheit den Meister ziemlich anständig genährt, und ein großer Theil derselben

hatte sich ein kleines Vermögen erworben, das zum größten Theil zur Beschaffung eines Hauses benutzt wurde. Doch seit 1862 nahm die Hausindustrie einen anderen Lauf. Die tüchtigen Gehilfen wurden selbstständig, träumten wohl auch mitunter von der Karriere eines Richard Hartmann u. c., aber es blieb ein Traum. Die alten Meister wurden verdrängt durch jüngere intelligenteren freie Gewerbetreibende, der Kleinmeister wurde aus seiner Karriere verdrängt, dem Konkurrenten, als freiem Gewerbetreibenden, wurde es nicht möglich, einen gleichen Standpunkt zu erreichen. In diesem Kampfe ist die Leistungsfähigkeit des Individuums vermahen gesteigert worden, daß der Handwerker in vielen Fällen jetzt beinahe so viel leistet, als der mechanische Webstuhl zu leisten vermag. Freilich nur auf Kosten der Lungen des Webers, wonach weder das Kapital noch der Weber fragt. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist die mechanische Weberei ein Glück, und haben wir durchaus keine Ursache, ängstlich nach jenen Schornsteinen zu schauen, die uns die Arbeit erleichtern. Unter wir verstehe ich hier den Proletarier als Meister, dessen Familienleben durch die übertriebenen Ansprüche an die Leistungsfähigkeit zur nothdürftigsten Beschaffung der dringlichsten Lebensbedürfnisse beinahe durchgehend zerrüttet, da alle Glieder der Familie mit erwerben, mit schaffen mußten, bis in die späte Nacht.

Anderwärts dürfte es sich jedoch für die Masse der sogenannten Behabigen, Standhabenden, welche auf Kosten ihrer Ueberzeugung sich immer noch Vortheile anzueignen wußten, gestalten. Die dürftigen doch endlich auch begreifen lernen, daß ihr schöner Traum zerstört und sie Mitarbeiter geworden sind. Wohl tröstet man sich jetzt damit, die Mechanik würde nicht alle Gewebe erzeugen können, man wird denselben aber bald begreiflich machen, daß der Weltmarkt nur das begehrt, was der mechanische Webstuhl zu schaffen im Stande ist, daß die neueste Mode nur das ist, was die Mechanik zu leisten vermag. Deshalb sind wir überzeugt, wir werden dieselben noch in der Fabrik begrüßen, und auch diese werden uns die Bruderhand bieten, die wir gern annehmen wollen. Darum heulweinen wir nicht über die Mechanik, sondern wünschen nur, daß wir in der Fabrik den Arbeiter als Mensch retten. Die einzige Frage, die uns beim Anblick der Fabriken aufstößt ist die: Wird der Arbeiter auch hier noch nicht über seine Klassenlage nachdenken, wird er auch hier um des lieben Brodes willen schweißweibend nach Oben blicken? Oder wird er sich ermannen und den kapitalistischen Druck abschütteln?

Wie schon früher gemeldet, setzten auch dieses Mal die Kandidaten des Volksvereins gegen die des Gewerbevereins bei der Stadtverordnetenwahl. Leider ist das Amt eines Stadtverordneten kaum dazu geeignet, immer den Parteistandpunkt zuzulassen. Leider sind unter den tüchtigsten Parteigenossen selten die Leute zu finden, welche Zeit genug opfern können, um einen derartigen Posten zu vertreten, weshalb bei Aufstellung der Listen immer partiirt werden muß, und einem derartigen Wahlsiege wohl kaum ein weiterer Werth beigelegt werden kann, als daß er als Beweis gilt, daß der größte Theil der Bürgerschaft mit dem Arbeiter sympathisirt. — Die Parteigenossen aber, welche in der Gemeindevertretung sitzen, haben das Bergzulien, da sie weder die Steuern noch den Zuschlag, noch die Gehaltssteigerungen der Beamten abzumenden im Stande sind, immer als Zielscheibe von Verdächtigungen herhalten zu müssen, wozu sich leider als Werkzeug noch ein guter Theil des Arbeiterstandes gebrauchen läßt. Die liberale Partei kann die Verdrängung aus der Gemeindevertretung nicht vergessen und versucht in der „Chemnitzer Zeitung“ das Collegium, weil es ein sozialdemokratisches sei, als unfähig zur Vertretung darzustellen, hebt dagegen die Tüchtigkeit unseres Bürgermeisters hervor, dem es noch möglich war, den Entwurf zum Ortsstatut inmitten dieses Collegiums durchzubringen. Die „Chemnitzer Freie Presse“ hat hierauf schon sehr geantwortet, und haben wir nur noch zu bemerken, daß unser Herr Bürgermeister mit einem Comité dieses sozialdemokratischen Collegiums, das angeblich vom Ministerium als musterhaft bezeichnete Ortsstatut durchberathen hat. Bei dieser Gelegenheit können wir zugleich konstatieren, daß wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, unser Bürgermeister bei Verathung dieses Ortsstatuts auch keinerlei Versuche gemacht hat, um Paragraphen in dasselbe zu bringen, wonach das Stimm- und Wahlrecht in der Gemeinde noch weiter beschnitten werden sollte, als die revidirte Städteordnung besagt. Darum wird es als musterhaft bezeichnet sein. Mögen sich die Herren liberalen Zeitungskorrespondenten und die Herren andrerorts, die noch kein Ortsstatut fertig haben und gern einen Census aufnehmen möchten, welcher die Besizenden bloß als wahlberechtigt und wählbar zu lassen soll, ein Beispiel daran nehmen. Hauptsächlich unfre Nachbarstadt Meerane.

Für heute genug! Mögen unsere Genossen allerorts für die weiteste Verbreitung des „Vollstaats“ eintreten, denn es ist eines von den Organen mit, wo es auch dem Arbeiter vergönnt ist, seine Ueberzeugung auszusprechen.

Dresden, 4. Januar. Eine Neuigkeit, welche von hier zu berichten wäre, ist die, daß gestern eine Volksversammlung stattgefunden, welche ein natürliches Ende erreichte, das heißt, welche zu Ende ging, ohne daß die heilige Hermandad staatsdrettend eingzugreifen für nothwendig fand. Noch muß erwähnt werden, daß schon am Neujahrstage eine Versammlung stattfand, in welcher der gerade hier anwesende Reichstagsabgeordnete Reimer etwas aus dem Reichstagsstage erzählen wollte. In seiner einleitenden Rede sprach er sich unter andern dahin aus, daß die sozialdemokratische Partei das Bestreben hätte, auf gesetzlichem Wege die Macht im Staate zu erobern. Das war natürlich Grund genug, den überwachenden Kommissar zur Auflösung zu bestimmen. Energisch protestirte Reimer gegen dieses Verfahren; als aber der Kommissar erklärte, daß er im Namen der Obrigkeit handle und Reimer bei Fortsetzung dieses Benehmens sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig mache, und er in diesem Falle noch andere Erfahrungen machen könne, erklärte Reimer unter Protest, sich der Gewalt fügen zu müssen. Soviel mir bekannt, hat dann auch Reimer beim hiesigen Polizei-Präsidenten über das ungesetzliche Verfahren der die Volksversammlung überwachenden Polizeibeamten sich beschwert und demselben ernstlich Vorstellungen gemacht. Diefem Umstande ist es wohl auch nur zu danken, daß erst erwähnte Versammlung vom 3. Januar, ohne aufgelöst zu werden, stattfinden konnte. Reimer besprach in dieser in Kürze unter dem größten Beifall aller Anwesenden die in dieser Reichstagsession zur Vorlage gekommenen und noch zu kommenden, den Arbeiter am meisten interessirenden Gesetze. Er zeigte, auf welche Weise die Vertreter der Arbeiter mundtot gemacht werden. Daß hierbei des unvermeidlichen Schlusstragstellers, des hieberten Valentin, in Ehren gedacht wurde, soll hier nur kurz erwähnt werden. So mancher Arbeiter mag sich wohl ein anderes Bild von der „Vertretung deutscher Nation“ gemacht haben, als es ihm hier vor's Auge geführt wurde. Reimer schloß unter dem Hinweis, daß alle Verfolgung, alle Unterdrückung die Sozialdemokratie nur kräftigt, daß aller Verfolgung nur zu danken, wenn es in Kürze in Deutsch-

land nur eine einzige, einige sozialdemokratische Arbeiterpartei geben wird. Der Beifall, welcher diesen Worten gesollt wurde, ist wohl der beste Beweis dafür, wie sehr die Vereinerung Bedürfnis aller hiesigen Sozialisten ist.

Es ist gewiß erfreulich, daß unser Polizei-Präsident, wie es den Anschein hat, seine Anschauung in Bezug auf das Auflösen gesetzlich erlaubter Volksversammlungen geändert, nur ist es zu bedauern, daß erst ein Arbeiter, wenn auch z. B. Reichstagsabgeordneter, denselben von der Ungefehrlichkeit seiner Handlungsweise in Kenntniß setzen mußte. Ob spätere Versammlungen, in welchen Reimer nicht anwesend sein wird, nicht, wie bis jetzt üblich, schon bei der Bureauwahl aufgelöst wird, müssen wir in Geduld abwarten. Leider sind wir hier schon zu der Ansicht gekommen, daß bei Gott und unserer hochwohlwollenden Polizei kein Ding unmöglich ist.

Für den Partei-Unterstützungsfond gingen hier seit dem 16. Nov. 1874 ein:

Hamburg durch Paullen 1 thr. 21. und 3 thr. 3., Wandsbeck d. Sommer 7 gr. 5., Dresden auf Liste 1: 1 thr. 26. 5., Deberan d. R. Richter 2 thr., Neustadt a. d. H. d. Pfalzgraf 1 thr. 15., Gotha d. Diefede gef. bei einer Parteikasse 21 gr. 5., Stuttgart d. A. Heugel auf Listen 6 thr. 1. 5., Augsburg d. Endres auf die Listen 4 thr., Ostn d. Roskopf 5 gr., Forst d. Urban 20 gr., Erfurt 6 thr. 9., Harburg v. Gustav Hinterbinder 5 gr., v. Otto Ziegenhirt 5 gr., auf Liste 1 noch 10 gr., auf Liste 2 d. Schubert 1 thr., Albersburg d. Sternann in einer Abendunterhaltung 1 thr. 12. 10., Apolda d. Kettel 1 thr. 4., Schönebeck v. Hantle 15 gr., Landebut d. Kippert 3 thr., Sonneberg gef. von A. Steiner 2 thr. 8. 5., Stralsburg v. Rapp 2 thr., Kaiserlautern d. G. Groß 2 thr., Schweinau d. Joh. Lorenz 1 thr., Breslau Liste 1171 d. Rebel 2 thr., Gießen d. v. J. S. 1 thr., Marburg d. Schneider 1 thr., Niederwärschütz d. A. Schmidt 8 gr., Oberlungwitz d. Lorenz 2 thr., Frankfurt a. M. d. J. Schaf 17 gr., Gießen d. Raarer und Zimmerer d. W. Gode 2 thr. 25., Stuttgart d. Th. Kref 4 thr. 15., Hamburg v. L. d. Geib 2 thr., desgleichen d. S. 2 thr. 6., Regensburg d. Drechsler 24 gr., Darmstadt Liste 2 u. 4 d. Feuchtmann 6 thr. 10., Nplan d. Fischer 1 thr., Regensburg d. Wolf Versteigerung eines Christbaums 6 thr., Ramey d. Hartenstein und Wendi 1 thr. 10., Remlingen d. Jütz 2 thr. 25. 10., Reudorf d. G. Otto 1 thr. 20., Rößigendrova v. Franke 15 gr., Regensburg d. Lichtensteiger 2 thr., Reudorf auf Moritz Claus Kindaule 20 gr., Harburg d. W. 20 gr., Braunschweig v. W. S. 10 thr., Friedriehshagen v. G. Rathenau 15 thr.

Für den Wahlfond gingen nachträglich ein:

Dresden 9 thr. 8. 7., Alchemnitz 1 thr. 21., Grotzsch (Ueberschuß von letzter Wahl) 4 thr. 14.

Im Namen des Ausschusses ersuche ich die Parteigenossen dringend der Gemahngelten durch Beiträge zu gedenken!

Hamburg, 8. Jan. 1865. Der Parteikassirer
H. Bennete, kleiner Schießtamp 36.

Briefkasten
der Redaktion. A. L. in Augsburg: Die Verächtigung ist Sache des Ausschusses der Metallarbeitergewerkschaft.
der Expedition. Inf. Schr. Eisenach: Die verlangten Schrift. erhalten Sie wahrscheinlich noch in der Expedition der „Freien Presse“, Chemnitz.

Quittung
der Expedition. Schneiderwerkst. v. Berthold hier Ab. 1 R. 80.
G. Harz d. Ehn Ab. 80 R. 20. Fächer. d. Schumacher Ehn Ann. 2 R. 25. Gebr. Paternoster Halban Schr. 1 R. 85. Endres Augsburg Ab. 78 R. 38., Schr. 44 R. 14. Adras Bremerhafen Schr. 80 Pf. Hupitz Greifswald Schr. 1 R. 10. Hoffmann Ab. 56 R. 44. Hmann Stuttgart Schr. 15 R. Stutz Seegen 60 Pf. D. Frei Gohlis Ab. 18 R. 65. Dr. Orsch hier Schr. 9 R. 40. Lrr. Weillan Ab. 9 R. 40. Grotzsch Schr. 2 R. 10. Eib. d. Rothgen hier Ann. 50 Pf. Arb hier Ab. 60 Pf. Jgr hier Ab. 2 R. 50. Mlle hier Schr. 1 R. 70. Ritzner hier Schr. 1 R. 50. Urt. Weimar Schr. 4 R. 50. F. W. Hannover Ann. 5 R. 60. Jf. Dresden Schr. 15 R. A. Gb. Hamburg Ab. und Schr. 120 R. 80. Dblg hier Ab. u. Schr. 13 R. 50.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilsheine bez. Kathenquittungen erpulten ferner: In Leipzig W. S. 3 R.

Anzeigen zc.
Die rechts in [] angegebene Ziffer bedeutet den Preis der betreffenden Annonce in Reichspfennigen.

Connewitz Mittwoch, den 13. Jan.: Versammlung im Waldschloßchen. D. S. [30]

Gotha Sonnabend, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Generalversammlung der Holzarbeitergewerkschaft. im obern Clublokal — L. D.: Kassenbericht und Neuwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Die Mitglieder werden auf 8 26 des Krankenkassenstatuts aufmerksam gemacht. Der Bevollm. [60]

Hamburg Montag, 18. Jan. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Hansq. Wm. Schanzengraberstr. 14: Öffentliche Versammlung des „Anti-Jumpf-Vereins“ auch für Nichtmitglieder. — L. D.: Die Antwortarbeiten der ernannten Ehrenmitglieder. Es findet zugleich Aufnahme neuer Mitglieder statt. [2a] [60]

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, d. 14. Januar, Abends 8 1/2 Uhr bei Jakob, (früher Jahn) Rosenthalgasse. — L. D.: Sozial-pol. Rundschau. Ref.: Kängel. Fragekastenbeobachtung. Der Vorstand. [50] 1.

Leipzig Fest der Gewerkschaften. Sonnabend, den 23. Jan. ar 1875 in der „Tonhalle.“ Näheres durch Plakate. D. C. [100]

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 16. Januar: Versammlung gr. Bindmühlstr. 7. — L. D.: 1) Vortrag von Fint über die Einigung der beiden Arbeiter-Fractionen in Bezug auf die Gewerkschaften. 2) Zweck und Nutzen der Aufstellung eines Gewerkschaftsarztes. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand. [60]

Otto Degenkolbe aus Grimmitzschau wird ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten in kürzester Frist gelangen zu lassen.
Adolph Neumann, Rowaweg, Kreuzstr. Nr. 2. [75]

Sattler
finden fortwährend Arbeit und guten Verdienst.
Militär-Effekten-Fabrik
Frankfurt a. Main, 23 Lange Straße. [260]

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert.
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Zeitzerstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.